

Fietkau, Hans-Joachim; Weidner, Helmut

Book Part — Digitized Version

Das Neusser Mediationsverfahren: Überblick und erste Forschungsergebnisse

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim; Weidner, Helmut (1994) : Das Neusser Mediationsverfahren: Überblick und erste Forschungsergebnisse, In: Andreas Dally, Helmut Weidner, Hans-Joachim Fietkau (Ed.): Mediation als politischer und sozialer Prozeß: Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum (EAL) vom 24. bis 26. November 1993 in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), ISBN 3-8172-7393-2, Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum, pp. 225-234

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122604>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Dr. Hans-Joachim Fietkau und Dr. Helmut Weidner, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

DAS NEUSSER MEDIATIONSVERFAHREN: ÜBERBLICK UND ERSTE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Das Mediationsverfahren zum Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Neuss (NRW) ist Ende August 1993 mit einem "strittigen Kompromiß" abgeschlossen worden. In der deutschen Abfallpolitik sowie in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung hatte es Pionierfunktion. Im folgenden werden die ersten zentralen Ergebnisse aus der interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Begleitforschung dargestellt.

Seit 1990 führt die Forschergruppe "Mediationsverfahren im Umweltschutz" der Abteilung Normbildung und Umwelt des WZB ein international vergleichendes Projekt zu Mediationsverfahren durch, das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanziell gefördert wird. Im Zentrum des Projektes steht das Mediationsverfahren zur Weiterentwicklung und Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes im Kreis Neuss, das auf Anregung des WZB initiiert worden war. Insgesamt haben 9 große Mediationssitzungen sowie mehrere Sitzungen mit einem kleineren Teilnehmerkreis zu spezifischen Fragen stattgefunden. An den großen Sitzungen nahmen zwischen 30 und 60 Personen teil, die rund 30 Gruppen, Institutionen und Organisationen vertreten. Ende August 1993 fand das neunte und letzte Treffen in großer Runde statt, hierbei wurden die verbliebenen Hauptstreitpunkte besprochen. Das Mediationsverfahren endete mit einem "strittigen Kompromiß", d. h. während in zahlreichen Sach- und Verfahrensfragen Übereinstimmung erzielt wurde, konnte insbesondere über die Art der Entsorgungstechnik ("kalt oder heiß") kein Kompromiß erreicht werden. Diese Frage wird nunmehr in den rechtlichen und politischen "Normalverfahren" entschieden werden.

Als Ziel des Mediationsverfahrens war von den Beteiligten und dem Mediator (Professor Georges Fülgraff) festgelegt worden, auszuloten, ob und gegebenenfalls auf welche Weise das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) so verändert werden kann, "daß es vom breiten Konsens der Bevölkerung getragen wird, daß es der Umwelt und den Menschen im Kreis Neuss nützt und gegebenenfalls Standortnachteile ausgleicht" (aus der Informationsschrift der Mediations-Geschäftsstelle, die vom WZB im Kreis Neuss eingerichtet worden war). Die zuständigen politischen Gremien, die durch Delegierte im Mediationsverfahren vertreten waren, hatten zugesagt, die Verfahrensergebnisse bei ihren Entscheidungen im förmlichen Verfahren zu berücksichtigen. Auf der neunten und letzten Mediationssitzung wurde zusammenfassend in einer mit den Hauptakteuren abgestimmten Presseerklärung des Mediators festgehalten, daß in vielen Punkten durch das Mediationsverfahren und die erstellten Gutachten eine Annäherung der Standpunkte der beteiligten Gruppen erreicht wurde, jedoch die technische Lösung der Restabfallbehandlung strittig bleibt. Die Kreisverwaltung blieb im wesentlichen bei ihrem Standpunkt, den Restmüll einer Müllverbrennungsanlage (MVA) zuzuführen; sie hielt aber offen, zu einem späteren Zeitpunkt (etwa nach 2 Jahren) den dann bestehenden Stand der Technik und der Rechtsinterpretation bei einer endgültigen Entscheidung zu berücksichtigen. Die GRÜNEN, Bürgerinitiativen und Umweltverbände beharrten auf ihrer Forderung nach einer biologisch-mechanischen Anlage (BMA). Für den Fall dringlichen Bedarfs bot der Mediator an, weitere Mediationssitzungen zu organisieren und zu leiten.

In den folgenden Sitzungen des Kreisumweltausschusses und des Kreistages im September 1993 wurde mit großer Mehrheit - unter Berücksichtigung etlicher Ergebnisse des Mediationsverfahrens - ein überarbeitetes AWK ("Grundzüge") und die Einleitung einer Standortsicherung für eine MVA beschlossen. Von den meisten Kreistagsabgeordneten wurde hierbei das Mediationsverfahren positiv bewertet.

Das Mediationsverfahren ist in sehr intensiver Weise von einer interdisziplinären Forscherinnen- und Forschergruppe (Politikwissenschaft, Psychologie, Ingenieurwissenschaft) in seinem Entstehungsprozeß, im Ablauf selbst und darüber hinaus untersucht worden. Die Art und Intensität der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung ist nach unserem Kenntnisstand weltweit ohne Beispiel, selbst in den USA und Kanada - den Ländern mit der längsten Tradition in der Umweltmediation - hat es vergleichbare Untersuchungen

nicht gegeben. Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung des WZB beruht auf unterschiedlichen und sehr aufwendigen methodischen Ansätzen, insbesondere auf:

- teilnehmende Beobachtung durch 2 - 4 Mitglieder des Forschungsprojektes an allen (großen und kleinen) Mediationssitzungen,
- Tonbandaufzeichnungen aller Mediationssitzungen sowie Videoaufzeichnung einer Sitzung,
- Transkription und inhaltsanalytische Auswertung der Tonbandmitschnitte: quantitative (überwiegend deskriptiv-statistische) Auswertung anhand eines selbstentwickelten Kategoriensystems mit interaktionsanalytischen und themenbezogenen Kriterien (Zufallsstichprobe von Codiereinheiten, Überprüfung der Interrater-Reliabilität) sowie qualitative Auswertung nach ausgewählten Themen,
- strukturierte Interviews (von durchschnittlich 1,5 bis 2 Stunden Dauer) mit den Verfahrensbeteiligten sowie mit Vertretern relevanter Kontextgruppen während und nach dem Verfahren; qualitative Auswertung der Interviewprotokolle, überwiegend zur Erfassung politischer und sozialer "Hintergrundeinflüsse",
- strukturierte Interviews (Tonbandmitschnitte) mit dem Mediator,
- Fragebogenerhebungen nach jeder Mediationssitzung bei den Verfahrensbeteiligten, beim Mediator und bei den wissenschaftlichen Beobachtern (WZB-Projektteam),
- Fragebogenerhebung nach etwa 2 Monaten nach Beendigung des Mediationsverfahrens bei allen Personen, die mindestens an zwei Mediationssitzungen teilgenommen haben, sowie
- qualitative und quantitative inhaltsanalytische Auswertung der offiziellen Protokolle des Kreisumweltausschusses für mehrere Jahre, u. a. zur Erfassung der Entwicklung der Diskussionsinhalte der Sitzungen im Zeitablauf anhand eines selbstentwickelten Kategoriensystems.

Darüber hinaus fand eine Beobachtung und Protokollierung der Vorgespräche des Mediators mit potentiellen Verfahrensteilnehmern durch eine geschulte Psychologin statt, außerdem wurden die abfallbezogenen Berichte in der Regionalpresse und die Aktivitäten der Mediationsgeschäftsstelle bezüglich Anfragen der Teilnehmer dokumentiert und ausgewertet. Schließlich wurde für den internationalen Vergleich ein Kriterienkatalog zur Durchführung von Fallstudien entwickelt; die Fallstudien werden von ausländischen Forschungs-

teams in Österreich, Schweiz, Niederlande, Japan, USA und Kanada durchgeführt.

Die Bereitschaft der Beteiligten am Neusser Mediationsverfahren, an den für sie teilweise sehr aufwendigen sozialwissenschaftlichen Erhebungen mitzuwirken, war groß: alle waren auch zu persönlichen Interviews bereit, als überraschend hoch ist auch die Rücklaufquote des umfangreichen Abschlußfragebogens mit rund 90 % zu bezeichnen.

Aufgrund der aufwendigen Erhebungs- und Auswertungsmethoden sowie der äußerst umfangreichen Datenmenge ist eine abschliessende Auswertung erst für Ende 1994 geplant. Die Veröffentlichung der zentralen Ergebnisse wird in Buchform erfolgen, über Einzelaspekte ist bereits in Fachzeitschriften, Zeitungen und in der Schriftenreihe der Abteilung "Normbildung und Umwelt" des WZB berichtet worden.

Mit der Einführung von Mediationsverfahren als Ergänzung konventioneller Verfahren der Konfliktregelung im Umweltbereich ist eine Vielzahl organisatorischer, rechtlicher, politischer, demokratietheoretischer und politikstrategischer Prinzipien angesprochen, die in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion kontrovers debattiert werden. Im folgenden gehen wir auf einige damit verbundene Fragen sowie auf die "Innenansicht" des Verfahrens durch die Beteiligten selbst, wie sie sich aus den Befragungen erschließen lassen, ein.

Partizipationshürden

Mediationsverfahren zeichnen sich gegenüber konventionellen Planungsverfahren dadurch aus, daß sie einem größeren Kreis von Betroffenen und umweltpolitisch Interessierten Möglichkeiten bieten, auf umweltrelevante Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Das ist in aller Regel mit einem recht hohen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden, wodurch gerade Umweltgruppen schnell an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und Organisationsfähigkeit stoßen. In den daraus erwachsenden Belastungssituationen reagieren sie, wie auch andere Personen, die nicht von Amts wegen oder aus wirtschaftlichen Interessen am Verfahren partizipieren, besonders sensibel auf Prozeduren und Vorkommnisse, die sie das Mediationsverfahren als scheinpartizipative Veranstaltung wahrnehmen lassen. Andererseits finden Mediationsverfahren

nicht in einem gesellschaftlich-politisch sterilen Raum statt; die Gruppenvertreter setzen - wenn auch kontrollierter - weiterhin ihre funktionstypischen Mittel ein, um ihre Interessen zum Tragen zu bringen. Hierbei haben einige Gruppen ressourcen- und erfahrungsmäßig erhebliche Vorteile gegenüber anderen Gruppen. Eine der zentralen Aufgaben des Mediators lag daher im Ausgleich der hierdurch entstehenden Machtasymmetrien und dem Management hieraus resultierender Spannungen: Dazu bedarf er - besonders wenn gewiefte Verhandlungsprofis teilnehmen - erheblicher Fähigkeiten in Verhandlungsführung, wie auch ausreichender Reputation, um als Steuerungsinanz, insbesondere von Personen mit hohem Status oder großen Fachkenntnissen, ernst genommen zu werden.

Schwache finanzielle Ressourcen beteiligter Gruppen vermindern ebenfalls ihre Chancen, das gegenüber förmlichen Verfahren erweiterte Partizipationsangebot überhaupt auszuschöpfen. Dem konnte nur in geringem Maße durch finanzielle Unterstützung gegengesteuert werden. Möglicherweise waren die Teilnehmer nicht ausreichend über die Existenz eines Hilfsfonds informiert worden. (Im Neusser Mediationsverfahren war ein spezieller Unterstützungsfonds aus Mitteln des BMFT vom WZB eingerichtet worden, der vom Mediator treuhänderisch verwaltet wurde. Der Fonds wurde beispielsweise für die Finanzierung von auf Wunsch der Umweltgruppen eingeladenen Experten und den Besuch von Fachtagungen in Anspruch genommen.) Gerade zeitlich aufwendige Mediationsverfahren zu komplexen Problemfeldern bedürfen, so unsere Erfahrung, eines Unterstützungsfonds für finanzschwache Teilnehmergruppen, um gesellschaftlich sowie politisch und rechtlich vorgegebene Unterschiede in den Einflußchancen zu verringern - aufzuheben sind sie jedoch nicht: solche Verfahren können eine "schlechte Realität" mildern, aber nicht ersetzen. Diese strukturell angelegten Spannungsverhältnisse werden von den Umweltgruppen wohl nur auszuhalten sein, wenn der Umgang mit verfahrensbezogenen Basiselementen (Fairneß, Transparenz) Erwartungen in die Überzeugungskraft des Argumentes und des Dialogs legitimieren und plausibilisieren.

Verfahrensregeln

Die internen Verfahrensregeln (Geschäftsordnung) beschränkten sich im Neusser Verfahren auf einige wenige, zumeist general-klauselartig formulierte Postulate. Pressevertreter waren vom Verfahren ausgeschlossen, um

den Beteiligten - analog zum Münchener Mediationsverfahren - einen "Schutzraum" zu gewährleisten und öffentlichkeitsorientierte Rituale ("politische Fensterreden") zu minimieren; der erwünschte Effekt ist auch *cum grano salis* erreicht worden. Die Beteiligten hatten zudem der Regel zugestimmt, Verfahrensinterna, insbesondere solche, die von anderen Beteiligten herrührten, nicht nach außen zu spielen. Hier ergab sich natürlicherweise eine breite Grauzone, die bei größerer Rigidität in der Regelinterpretation zahlreiche Streitigkeiten hätte auslösen können. Dazu kam es, mit der Ausnahme von vielleicht zwei, drei Einzelfällen, nicht; diese Einzelfälle wurden im Mediationskreis thematisiert und - etwa durch (teils entschuldigende) Erläuterungen der Hervorheber - "entschärft". Insgesamt kann das Bestreben der Teilnehmer nach Realisierung von "Geist und Inhalt" der (nach juristischen Kriterien äußerst vagen) Selbstbindungsregeln als (überraschend) hoch bezeichnet werden. Über die Sitzungen wurde nicht systematisch und umfangreich Protokoll geführt, in aller Regel wurden vom Mediator Ergebnisprotokolle angefertigt. Angesichts einer solchen rudimentären Verfahrensordnung ist die insgesamt negierbare geringe Zahl verfahrensbezogener Streitigkeiten erstaunlich. Erst zum Ende des Verfahrens hin wurde (außerhalb der Mediations-sitzungen!) vereinzelt Kritik an unklaren Verfahrensregeln und der Wunsch nach insbesondere zielführenden Regelungen laut. Unser vorläufiges Fazit zu dieser Thematik: eine kontinuierliche protokollarische Fixierung offen gebliebener Fragen sowie von erzielten Kompromissen könnte hilfreich dabei sein, die ungelösten größeren Konfliktpunkte stets präsent und deutlich zu halten, um zu verhindern, daß auf den letzten Sitzungen unter Zeitdruck ein "Problemverschiebepark" aufgearbeitet werden muß.

Einzelbefunde der teilnehmenden Beobachtung

Die Gründe der Beteiligten, am Verfahren teilzunehmen, waren vielfältig. Akzeptanzbeschaffung für die eigene Position, die Hoffnung, Belastungen von der eigenen Wohngegend fernzuhalten; Informationsbeschaffung, Rückgewinnung von Vertrauen in die Politik, die Durchsetzung abfallwirtschaftlicher Grundpositionen, die Lust, neue Formen von Bürgerbeteiligung zu erproben und sich vielleicht damit auch persönlich zu profilieren. Das Verfahren erzeugte eine Eigendynamik: Auch wenn der eine oder andere zum einen oder anderen Zeitpunkt das Ganze als vertane Zeit o. ä. empfand, wurden die "Folgekosten" eines Ausstiegs als zu hoch eingeschätzt, um dies auch tatsächlich zu tun. Das Verfahren hat sehr deutlich gemacht, daß es den Verfah-

rensbeteiligten neben der Entwicklung einer umweltgerechten Problemlösung (darüber, was das ist, gehen die Meinungen jedoch auseinander) auch um Anerkennung der eigenen Person, der eigenen Bezugsgruppe und der eigenen Position geht, und daß der Zugang zu Informationen einen eigenständigen Wert besitzt.

Die sachbezogenen Diskussionen im Mediationsverfahren haben teilweise zu einer Revision von zentralen Daten des ursprünglichen AWK geführt, teilweise haben sie diese als problematisch erkennen lassen. Möglichkeiten weitergehender Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung wurden aufgezeigt und in einigen Fällen allgemein konsentiert. Die Abfalldatengrundlage ist in mehrfacher Hinsicht erheblich verbessert worden, die Erfassung der Abfallströme erfolgt wesentlich differenzierter. Unmittelbar nach Verfahrensende hat die Verwaltung ihre Planungsdaten für die Abfallrestmenge, die verbrannt und deponiert werden soll, entscheidend gesenkt.

In der strittigsten Frage, ob das AWK ausschließlich "kalte" Entsorgungstechniken (biologisch-mechanische Anlagen etc.) enthalten sollte oder nur mit einer zusätzlichen MVA möglich und gesetzeskonform ist, ist keine Einigung erzielt worden. Gleichwohl ist durch die im Verfahren erstellten Gutachten und deren Diskussionen eine Präzisierung (und damit Eingrenzung) des Konfliktfeldes erzielt worden, in dem nun die wesentlichen Differenzen deutlicher hervortreten und damit eine "folgenbewußtere" Diskussion der Entscheidungsgrundlage für den inzwischen laufenden politischen "Normalprozeß" und das förmliche Verfahren geschaffen wurde.

Der Verfahrensablauf wurde in hohem Maße durch den Mediator gesteuert. Er wirkte auf die wissenschaftlichen Außenbeobachter in seiner Verfahrensgestaltung sehr direktiv, oft drängend und ungeduldig und, insbesondere gegenüber der Verwaltung, gelegentlich harsch. Möglicherweise war dies aber der Preis für das erstaunlich schnelle - aus Sicht des WZB-Projektteams manchmal zu schnelle - Voranschreiten in der Sache. Sein Verhalten beurteilte das Projektteam des öfteren recht kritisch, unterschied sich hier allerdings sehr deutlich von den Verfahrensbeteiligten selbst (Fragebogenerhebung), die ihn während des noch laufenden Verfahrens im Mittel ausgesprochen positiv beurteilten. Hier spielt das Bezugssystem, in dem Wissenschaftler ihre Urteile ausbilden, offenkundig eine große Rolle. Das Projektteam maß ihn wohl eher an in der Fachliteratur geforderten Eigenschaften (Geduld, Zuhören können, Standpunkte integrieren, alle zu Wort kommen lassen etc.). Die Verfahrensbeteiligten maßten ihn wohl eher an den

Effekten des Verfahrens (Informationsgewinne, Partizipationsmöglichkeiten, Politikstrategien öffentlich transparent werden zu lassen etc.). Ihr Vergleichsmaßstab beruhte eher auf ihren bisherigen Erfahrungen mit politischen Formen der Konfliktaustragung. Nach Beendigung des Verfahrens mit seinem, insbesondere für die Umweltgruppen, enttäuschenden Ergebnis, wurde die Rolle des Mediators zunehmend kritischer beurteilt; eine abschließende Fragebogenauswertung hierzu steht noch aus. Dem Mediator selbst sind diese Urteilsbrüche deutlich. Er nimmt sie bewußt in Kauf. Verfahrenseffektivität war ihm offensichtlich wichtiger als theoretische Stimmigkeit oder der Wunsch, es allen recht zu machen. Er selbst verstand seine Rolle als eine *ergebnisorientierte*, nicht als als eine *prozeßorientierte*.

Gravitationskraft des politischen Normalprozesses

Die Erfahrungen im Kreis Neuss zeigen eindeutig, daß Mediationsverfahren den normalen politischen Prozeß nicht ersetzen oder außer Kraft setzen können. Eine dermaßen dominierende Rolle von ihnen zu erwarten, ist ohnehin vor dem Hintergrund äußerst vielschichtiger Konfliktfelder und der zahlreichen, von unterschiedlichen Interessenlagen bestimmten Politiknetzwerke innerhalb der "Politikarena Abfallwirtschaft" sowie des über die regionale Dimension (weit) hinausreichenden Interessengeflechts sehr unrealistisch; überdies wäre eine solche, gewissermaßen die förmlichen Verfahren weitgehend aushebelnde Funktion demokratiethoretisch (und natürlich auch rechtlich) äußerst bedenklich. Im Falle des Neusser Verfahrens hat sich sowohl im Verlauf des Mediationsverfahrens wie insbesondere nach seiner Beendigung gezeigt, daß die Gravitationskräfte des politischen Normalprozesses zwar zeitweilig abgeschirmt, jedoch nicht aufgehoben werden können. Auf das laufende Verfahren wirkten sich nicht nur politische Entwicklungen außerhalb des Kreises (etwa Verabschiedung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall und des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes mit teilweise einschneidenden Änderungen des bisherigen Bundesabfallrechts sowie landespolitische Erlasse und Stellungnahmen und die Organisation des "Dualen Systems Deutschland"), sondern ebenfalls Politikprozesse und Interessenkonstellationen innerhalb des Kreises (etwa Abstimmungsprozesse zwischen den traditionellen politischen Parteien; Überlappungen und Verknüpfungen mit anderen Politikthemen, z. B. Industriepolitik, Aktivitäten der kreisansässigen Entsorgungswirtschaft und des monopolistischen Energieversorgungsunternehmens) in relevanter, d. h. in Verhandlungsspielräume

prägender Weise aus. Mit dem Ende des Mediationsverfahrens traten sozusagen die traditionellen politischen Spielregeln wieder in Kraft: Anschuldigungen, Verdächtigungen und Drohungen, Schwarz-Weiß-Malerei und persönliche Diskriminierungen schwappten hoch, Differenzen wurden stärker als Gemeinsamkeiten betont. Wie weit dies ein möglicherweise vorübergehender Frustrationseffekt aufgrund des Mediationsergebnisses, eine Folge untypischer Kontextbedingungen (nämlich der starken Sogwirkung des vor der Tür stehenden, üblicherweise polarisierenden Wahlkampfes: Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen in 1994) ist, oder ob mehr Zeit und Praxiserfahrung notwendig sind, als mit diesem einen und für die Beteiligten ersten Mediationsverfahren gegeben war, um mit "strittigen Kompromissen" - sofern sie aus einem fairen Verfahren hervorgehen - anders umgehen zu lernen, kann zum derzeitigen Stand der Entwicklung im Untersuchungsfeld und unserer sozialwissenschaftlichen Begleitforschung noch nicht beantwortet werden. Man wird aber wohl nicht sagen können, die insbesondere von Niklas Luhmann vertretene These, Partizipation ohne förmliche Entscheidungskompetenz erhöhe die Frustration der Beteiligten und damit das Konfliktniveau, sei bestätigt worden, denn vor dem Mediationsverfahren war der Ton der politischen Auseinandersetzung eher noch schriller. Und auch gegenwärtig noch signalisieren zentrale Aktorgruppen ihr Interesse, den abgerissenen Gesprächsfaden wieder aufzunehmen.

Literatur zum WZB-Forschungsprojekt "Mediationsverfahren im Umweltschutz"

Helmut Weidner, *Der verhandelnde Staat. Minderung von Vollzugskonflikten durch Mediationsverfahren*, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft 33/1993, Bern: Hauptverlag, S. 225 - 244.

Helmut Weidner, *La Médiation En Tant Qu'Instrument Politique Permettant De Résoudre Les Conflits Sur L'Environnement - A L'Exemple De L'Allemagne -*, in: Cahiers de l'IDHEAP No. 117, Chavannes-près-Renens (CH): Institut De Hautes Études En Administration Publique, 1993.

Hans-Joachim Fietkau/Helmut Weidner, *Praxisbericht "Mediationsverfahren Kreis Neuss"*, in: Frank Claus/Peter Wiedemann (Hg.), *Umweltkonflikte*.

Vermittlungsverfahren zu ihrer Lösung, Taunusstein: E. Blottner Verlag, i. E.
(Frühjahr 1994).